

A photograph of a person wearing a grey knitted hat with pom-poms and a dark blue quilted jacket. They are holding a blue ceramic mug with both hands, which are wearing dark grey gloves. The person is looking off to the side with a serious expression. The background is a plain, light-colored wall.

**Aufrecht.**

Zeitung des AfD-Kreisverbandes Dresden | #2 2022

# Frieren im Winter?

*Die Regierung  
will das so!*

# Kommt ein *heißkalter* Winter?

**Die Bundesregierung stimmt die Bürger auf eine langanhaltende Krise ein, die sie selber verursacht hat und perfekt in die politische Agenda passt!**

Vom Westen geführte Kriege dienten als Türöffner für die Massenmigration in das deutsche Sozialsystem, der Corona-Virus musste für die massiven Freiheitseinschränkungen der Bürger herhalten. Der politisch gewollte Lockdown, die expansive Geldpolitik mit ihren Niedrigzinsen und die ausufernde Inflation führten zu starken wirtschaftlichen Verwerfungen im Mittelstand sowie zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Zudem wird der seit Jahrmillionen existierende Klimawandel für den Umbau unseres Landes in eine staatlich organisierte Kommando-

und Planwirtschaft genutzt.

Mit dem vom Westen provozierten Russland/Ukraine-Konflikt kann man nun neben der „Notwendigkeit“ für künftige deutsche Kriegsbeteiligungen auch noch den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter beschädigen und weitere Wohlstandsverluste erzeugen. All das, was wir derzeit erleben, ist kein Zufall und auch kein Naturereignis, sondern politisch so gewollt.

**Einen Ausweg aus dieser ganzen Misere gibt es natürlich für unsere Regierung – wenn sie es nur wollte!**

## Mindestlohn steigt auf 14,50 Euro

Wenn es um Löhne in Deutschland geht, spricht man stets vom Arbeitnehmer-Brutto. Bewusst werden die Arbeitgeberanteile - die definitiv ein Lohnbestandteil sind - von Politik und Haltungsverhalten verschwiegen.

Würde man sie ganz offiziell hinzurechnen, würden mehr Menschen merken, wie viel der Umverteilungsstaat vom eigenen Verdienst wegnimmt. Ab Oktober haben wir einen offiziellen Mindestlohn von 12 €, obwohl es korrekterweise über 14,50 € wären.

Wer ab Oktober den Mindestlohn erhält und Vollzeit arbeitet (ca. 2100 € Arbeitnehmerbrutto), erhält aber bereits über 2500 €! Netto bleiben beim AN etwa 1500 € (StKl. 1/4).

Nicht 600, sondern **über 1000 € behält der Umverteilungsstaat jeden Monat ein**. Rechnet man noch die indirekten Steuern und Abgaben ab, verbleiben von einstmal 2500 € Lohn noch 1000 Euro.

Mit einem Teil dieser Abzüge werden u.a. NATO-Aufrüstung, Kriege, Auslandsgeschenke, Sozialsystemmigranten und die ganze leistungsfreie Politik und Propagandaelite finanziert.

## Sofortmaßnahmen gegen die Krise:

- Sofortiger **Stopp aller Sanktionen** gegen Russland
  - Nord Stream II sofort öffnen
  - Aufnahme weiterer **Sozialsystemmigranten stoppen** und deren Rückführung beginnen
  - Auslandsgeschenke aller Art sofort einstellen
  - Sämtliche politisch motivierten **Corona-Zwangmaßnahmen einstellen**
  - Massive **Steuer- und Abgabensenkungen** für die eigenen Bürger
  - Beendigung der ideologisierten und **zerstörerischen Energiepolitik**
- Dafür müssen wir uns stark machen:**
- NATO-Osterweiterung stoppen
  - Faire **Friedensverhandlungen** mit Russland

**Lohnkosten stabil halten – #mehrnettovombrutto**



# „Insgesamt ist ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Inzidenz und der Maßnahmenstärke nicht erkennbar.“



## Ein Kommentar zum Evaluierungsbericht des Corona-Sachverständigenrates von André Wendt

Der Bericht fiel erwartungsgemäß diplomatisch aus. Sicherlich auch deshalb, weil in diesem Gremium Personen mitgearbeitet haben, die der letzten und aktuellen Bundesregierung selbst zu einigen Corona-Maßnahmen geraten hatten. Dennoch bleibt festzuhalten, dass dieser Evaluierungsbericht eine **schallende Ohrfeige** für die Bundesregierung und die Altparteien ist. Schwerste Kritik dabei: die meisten dieser Maßnahmen wurden beschlossen, **ohne** dass man die **geringste Ahnung** hatte, ob sie überhaupt wirken und welche Folgen sich daraus ergeben.

### Hier einige der wichtigsten „Erkenntnisse“:

- Ein **Lockdown**, einschließlich Ausgangsbeschränkungen, **kann** kurz nach dem Ausbruch einer Pandemie Wirkung zeigen. Je länger ein Lockdown jedoch dauert, desto geringer ist der Effekt und umso schwerer wiegen die Kollateralschäden.
- Für die **Kontaktnachverfolgung** gilt dasselbe: kurzzeitig **eventuell** wirksam, nach wenigen Wochen schon keine Effekte mehr.
- Ähnlich ist es auch mit **Zugangsregeln** (2G/3G): für eine kurze Zeit **vermuten** die Wissenschaftler hier eine Wirkung, aber eben nur für diese.

- Eine generelle Empfehlung zum Tragen von **FFP2-Masken** kann der Expertenrat aus den vorliegenden Daten auch nicht ableiten. Zudem heißt es, dass Masken **helfen können**, wenn sie absolut korrekt getragen werden. Was in der Praxis jedoch nur selten vorkommt.
- Für einen besseren Schutz von FFP2-Masken gegenüber medizinischen Masken konnten die Experten **keine Anhaltspunkte** erkennen.
- Ebenso konnten **keinerlei Effekte** von **Schulschließungen** nachgewiesen werden. Im Gegenteil, es gebe Gewissheiten über **negative psychische und schulische Auswirkungen** auf die Kinder.
- Ebenso negativ beurteilt der Bericht die Auswirkungen auf die psychische Befindlichkeit der Bevölkerung. Es gebe ein „unglaubliches Ausmaß an **mentaler Erschöpfung**“, heißt es.
- Zu den katastrophalen **wirtschaftlichen Folgen** der Maßnahmen äußert sich der Bericht leider nicht.

Auffällig ist, dass es in dem ganzen Text nur so von „könnte“, „hätte“ und „sollte“ wimmelt, da den Experten für eine fundierte Beurteilung der Maßnahmen schlichtweg die Datengrundlage fehlt.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das, was die **AfD forderte und**

**kritisierte**, in weiten Teilen in diesem Bericht wiederzufinden ist. Die Notwendigkeit einer Datengrundlage, die Fokussierung auf den Schutz besonders anfälliger Personengruppen, den Verzicht auf Schulschließungen, Lockdown-Maßnahmen und Grundrechtseingriffen.

Interessant erscheint auch folgende Aussage des Sachverständigenrates: „Abweichende Meinungen wurden in der Corona-Pandemie oft vorschnell verurteilt. Wer alternative Lösungsvorschläge und Denkansätze vorschlug, wurde nicht selten ohne ausreichenden Diskurs ins Abseits gestellt.“

Das kann man ohne Diskussion unterschreiben. Kritiker wurden von CDU, CSU, GRÜNE, SPD, Linke, FDP und regierungsunkritischen Medien als Schwurbler, Corona-Leugner, Rechtsextreme, Covidioten beschimpft und ausgegrenzt.

Wer nun die Hoffnung hat, dass die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden oder man daraus gelernt habe, wird leider enttäuscht.

Das Gegenteil ist der Fall. Gesundheitsminister Lauterbach und RKI-Chef Wieler sind weiter im Amt und planen schon die nächsten Maßnahmen für den Herbst. \*AW

# Autopsie in Dresden bestätigt: Mann starb an Covid-„Impfung“ und nicht an Vorerkrankung

Während die Nebenwirkung der verabreichten Covid-mRNA-Gentherapien in Deutschland bereits von ca. 300.000 auf etwa 2,5 Millionen nach oben korrigiert werden mussten, bleiben wohl die meisten Todesopfer im direkten Zusammenhang mit der Verabreichung unentdeckt. Zu selten haben Angehörige auf eine Autopsie gedrängt, zu oft hat man den Lügen über die Notwendigkeit und Ungefährlichkeit dieser milliarden-

schweren „Impfung“ der Regierung geglaubt.

Eine Familie in Dresden hatte nach dem Tod eines Mannes (77), der wie so oft auf angebliche Vorerkrankungen geschoben werden sollte, zu einer Autopsie gedrängt. Diese bestätigte den Verdacht: „Die genbasierten Covid-Impfungen stehen demnach in Zusammenhang mit den immunbedingten Veränderungen

in Gehirn, Herz und Blutgefäßen und schlussendlich mit dem Tod des Mannes.“ Schätzungen gehen mittlerweile von mehr als zehntausend Todesfällen aus. Nachgewiesen können diese natürlich nicht mehr. So stehen der Propaganda der Pharmaindustrie, der Regierung und der regierungskonformen Haltungsmedien die Erlebnisse der Mitarbeiter im Gesundheitswesen und der Angehörigen entgegen.

## Mut: Knapp 40.000 Mitarbeiter im Gesundheitswesen noch ohne Immunitätsnachweis!

Seit dem 15. März 2022 besteht für Beschäftigte im Gesundheitswesen/ Pflege die einrichtungsbezogene Impfpflicht mit der Androhung eines Zutritts- und damit quasi eines Beschäftigungsverbotes. Bis zum 30. Juni 2022 waren in Sachsen noch 39.417 Personen ohne bzw. mit nicht vollständigem Nachweis gemäß IfSG bei den Gesundheitsämtern gemeldet. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden aber weder Verbote noch Bußgelder verhängen.

Viele Mitarbeiter haben sich ganz bewusst diesem politisch diktierten Impfdiktat widersetzt, trotz der Androhung, die Anstellung zu verlieren.

Immer mehr Medien- und Regierungshörige haben aber mittlerweile erkennen müssen, dass bei der Umsetzung dieses Gesetzes unser Gesundheitssystem vollends zusammenbrechen würde. So bleibt die Hoffnung, dass sich die Vernunft durchsetzen wird.

Nur die AfD hat als einzige parlamentarische Kraft von Beginn an und konsequent die Freiwilligkeit gefordert.

**Impfen muss freiwillig bleiben!**

**mRNA Gentherapie sowieso.**

## Deutlich mehr Nebenwirkungen bei Corona- als bei Grippeimpfung — und trotzdem werden die meisten Anträge auf Entschädigung abgelehnt

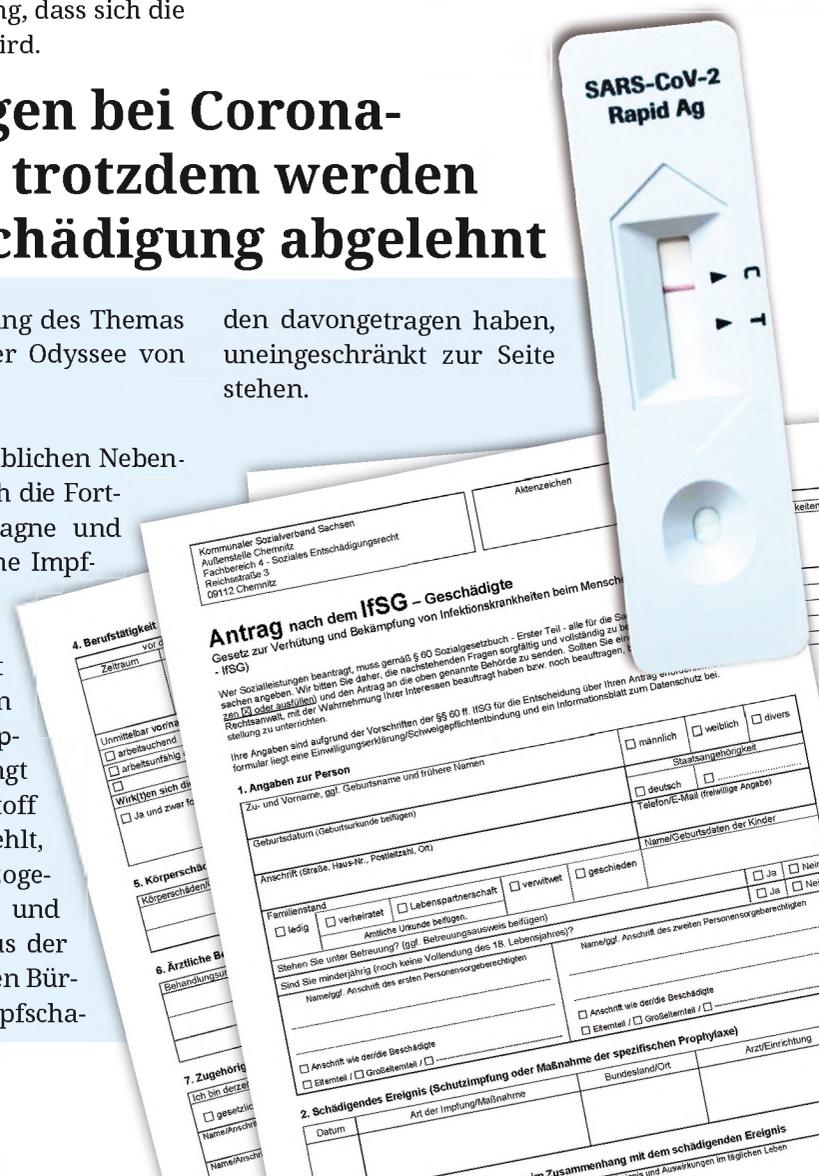
Bis Ende Juni 2022 wurden 256 Anträge auf Entschädigung nach einem Impfschaden in Sachsen gestellt. Bisher wurden nur neun Anträge anerkannt. Bei den 94 abgelehnten Anträgen handelte es sich u.a. um zahlreiche Fälle von Hirnblutung, Herzmuskelentzündung, Lähmung, Lungenembolie, extrem starke Schmerzen oder Anträge auf Bestattungsgeld nach einem Todesfall.

Die Todesfälle und schweren Nebenwirkungen nach einer Corona-Impfung sind alarmierend. Hinzukommt, dass einige renommierte Mediziner sogar von einer sehr hohen Untererfassung bei Nebenwirkungen ausgehen. Laut einem MDR-Bericht könnte die Zahl der Nebenwirkungen sogar um das 40-fache höher sein als vom Paul-Ehrlich-Institut angegeben. Betroffene leiden häu-

fig unter der Tabuisierung des Themas und berichten von einer Odyssee von Arzt zu Arzt.

Auch aufgrund der erheblichen Nebenwirkungen verbietet sich die Fortsetzung der Impfkampagne und die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Zudem darf die Staatsregierung die Impfgeschädigten jetzt nicht im Regen stehen lassen. Wer eine Impfung mit einem bedingt zugelassenen Impfstoff ausdrücklich empfiehlt, eine einrichtungsbezogene Impfpflicht beschließt und die Pharmakonzerne aus der Haftung nimmt, muss den Bürgern, welche einen Impfscha-

den davongetragen haben, uneingeschränkt zur Seite stehen.



# Mit Regierungssegen in die Damensauna

Sie wollen als Mann in die Damensauna gehen? Oder bei einer Bewerbung von der Frauenquote profitieren? Oder einfach jährlich Ihren Namen wechseln? Mit dem neuen „Selbstbestimmungsgesetz“ der rot-grün-gelben Koalition ist all das kein Problem.

Am 30. Juni dieses Jahres haben der FDP-Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann und die grüne Bundesfamilienministerin Lisa Paus in Gelb-Grüner Eintracht die Eckpunkte zum neuen Selbstbestimmungsgesetz vorgestellt. Dieses dürfte auch in Sachsens Standesämtern für Wirbel sorgen. Denn voraussichtlich ab der zweiten Jahreshälfte 2023, nach der Zustimmung des Bundeskabinetts, soll eine Eigenversicherung beim Standesamt genügen, um den Geschlechtseintrag zu ändern. Dann sind weder ein ärztliches Attest noch eine Begutachtung notwendig – womit die bisherigen Regelungen aus dem Transsexuellengesetz von 1980 aufgehoben werden.

## Namens- und Geschlechtsänderung als Geburtstagswunsch

Damit der Trend zur Geschlechts- und Namensänderung nicht ausufert, ist zumindest eine jährliche Sperrfrist vorgesehen. Es wird also noch möglich sein, dass man sich zum alljährlichen Geburtstag jeweils einen anderen Namen wünscht.

## Im Ernstfall entscheidet der Staat über das Geschlecht der Kinder

Doch es kommt noch diverser: Minderjährige können zwar ab dem Alter von 14 Jahren die Erklärung zur nicht-operativen Geschlechtsänderung selbst mit der Zustimmung der Sorgeberechtigten abgeben. Im Eckpunkte-Papier heißt es weiter: „Um die Persönlichkeitsrechte der jungen Menschen zu wahren, kann

das Familiengericht in den Fällen, in denen die Sorgeberechtigten nicht zustimmen, orientiert am Kindeswohl – wie auch in anderen Konstellationen im Familienrecht – die Entscheidung der Eltern auf Antrag des Minderjährigen ersetzen“. Zukünftig darf der Staat also im Kinderzimmer noch ein Stückchen mehr mitentscheiden.

## Transgenderhype bei Jugendlichen

Leider haben solche scheinbar abstrakten Trends ganz konkrete Auswirkungen: In Schweden veröffentlichte beispielsweise die Gesundheitsbehörde Anfang des Jahres 2020 laut der „Neuen Zürcher Zeitung“ einen Bericht, wonach Transgender-Diagnosen von 13- bis 17-jährigen Mädchen allein zwischen 2008 und 2018 um 1.500 Prozent zugenommen haben.

Die daraus folgenden Geschlechtsumwandlungen bereuen Betroffene oft bitterlich: Unter dem Begriff der „Detransitioners“ bekennen im englischsprachigen Raum immer mehr Jugendliche, dass sie ihre Geschlechtsänderung rückgängig machen wollen. Mit rot-grün-gelben Segen dürfte deren Zahl auch in Deutschland bald zunehmen. \*MJ



## Impressum

Herausgeber: AfD-Kreisverband Dresden  
Tauerstraße 1a  
01279 Dresden  
E-Mail: vorstand@afd-dd.de  
Redaktion: René Lange  
Vi.S.d.P.: André Wendt  
Druck: Druckhaus Scholz  
Auflagenhöhe: 30.000 Stk.  
Ausgabe: Nr. 6 / August 2022

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwahrend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

## KREISVERBAND DRESDEN



## Spende:

Alternative für Deutschland  
Kreisverband Dresden  
IBAN: DE86 8505 0300 0225 7351 13  
Ostächsische Sparkasse Dresden

Verwendungszweck:  
Ihr Name und Ihre Adresse  
(für Spendenquittung)



AfD-Kreisverband Dresden im Web:  
afd-dd.de



AfD-Kreisverband Dresden auf facebook:  
fb.com/afddresden



AfD-Kreisverband Dresden auf Telegram:  
t.me/afddresden

## Legende:

AW = André Wendt  
HJZ = Hans-Jürgen Zickler  
MJ = Martina Jost  
JK = Dr. Joachim Keiler  
JZ = Jan Zwerg  
StaFra = AfD-Stadtratsfraktion Dresden



# Finanzpolitische Märchen zur Inflation

Mittlerweile werden die Schulden unseres Landes in zwei unterschiedlichen Betrachtungsweisen erfasst. Einmal in Form der expliziten Verschuldung und einmal in Form der impliziten Verschuldung. Die explizite Verschuldung ergibt sich aus einer Zusammenfassung der haushaltswirksamen, sichtbaren Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Die implizite Staatsverschuldung berücksichtigt den in Zukunft anfallenden oder bereits aufgestauten Zahlungsbedarf für erforderliche Projekte, wie Verbesserung der Infrastruktur, Renten und sonstiger Leistungsversprechen.

## **171.000 Euro öffentliche Schulden pro Einwohner**

Werden nun die Gesamtschulden unseres Staates betrachtet, betragen diese aktuell 14,2 Billionen EUR. Daraus errechnen die Volkswirte eine Nachhaltigkeitslücke von 398,4 %. Die hohe implizite Verschuldung resultiert aus staatlichen Leistungsversprechen für die Zukunft, die nicht durch Steuer und Abgaben gedeckt werden können. Daraus folgt, dass auch in Zukunft ein erheblicher Kreditbedarf des Staates besteht.

Aktuell wird dieser Kreditbedarf durch die Begebung von Staatsanleihen, die die Europäische Zentralbank ankauft, abgedeckt. Mit Stand 21.07.2022 hat das Bundesfinanzministerium Steuereinnahmen von Bund und Ländern mit 408 Mrd. EUR angegeben. Dies ist ein Plus bei den Einnahmen von 17,5 %. So könnte man sagen, die Steuermehreinnahmen liegen vom Prozentsatz her über der derzeitigen Inflation, die noch bei 8,6 % in der EU liegt. Auf den ersten Blick könnte man meinen, die Inflation arbeitet der Entlastung der Staatshaushalte entgegen. Dies ist ein elementarer Trugschluss. Die Steuermehreinnahmen resultieren im Wesentlichen aus

den höheren Umsatzsteuereinnahmen, weil sich für den Verbraucher viele Produkte erheblich verteuert haben (Lebensmittel, Energie, Mobilität).

Darüber hinaus verliert der Euro an den Kapitalmärkten an Wert, insbesondere im Verhältnis zum Dollar. Auch dieser Umstand trägt zur Teuerung bei, da wir zwar einerseits exportieren, aber andererseits viele Vorprodukte sowie Energieträger (Gas, Öl, Kohle) aus dem Ausland beziehen, so dass wir höhere Aufwendungen in Euro zum Ankauf dieser Produkte haben. In Summe lässt sich feststellen, dass sich die Inflationierung nicht mit Mitteln des Haushalts auffangen lässt.

Die bereits in der Energietransformation angelegte Wirtschaftskrise wird durch Wirtschaftssanktionen, wie sie aktuell gegenüber Russland verhängt wurden, erheblich verstärkt.

Die Verschuldung Deutschlands wird in den Medien schöngeredet. Sie berichten nur über den expliziten Schuldenstand und vernachlässigen die implizite Verschuldung vollständig. Kapitalmärkte denken hier anders. Internationale Finanzakteure berücksichtigen sämtliche Faktoren. Dies verstärkt den derzeitigen

Trend zur Abwertung des Euro auch im Vergleich zu anderen internationalen Währungen.

## **Inflation ist kein Naturereignis. Sie wird durch ideologiegetriebene und realitätsferne Politik verursacht**

In Summe lässt sich also feststellen, dass die Inflation sowie die Wirtschaftskrise in Deutschland eben nicht, wie uns die Ampelregierung ständig glauben machen will, durch äußere Faktoren entstanden ist, sondern ausschließlich durch die ideologiegetriebene und realitätsferne Politik in Berlin verursacht wurde. Gegen Inflation hilft nach der Lehrbuchtheorie eine Zinsanhebung. Würde die Europäische Zentralbank nun die Zinsen stark erhöhen, so wären als Hauptschuldner der deutsche Staat sowie sonstige EU-Staaten gezwungen, höhere Aufwendungen für die aufgenommenen Kredite zu tätigen. Dies würden die Möglichkeiten der Haushalte noch mehr einschränken, als es ohnehin schon der Fall ist.

## **Keine Sanktionen gegen Handelspartner**

Die AfD hat bereits vor Jahren auf diese Mechanismen aufmerksam gemacht

und rät deshalb dringend, um unseren Sozialstaat aufrecht erhalten zu können, zu einer Streichung von vermeidbaren Ausgaben. Hierzu gehören beispielsweise die Folgekosten einer ungezügelter Migration, verzichtbare Ideologieprojekte, wie die Förderung von Genderlehrstühlen, die Förderung einer mittlerweile schlicht unüberseh-

baren Anzahl von sogenannten Vereinen der Zivilgesellschaft, die hohen Einzahlungen in die Europäische Union und Zahlungen ins Ausland ohne Verpflichtung. Dies gilt auch für Aufbauhilfen an die Ukraine oder für deren Waffen.

**Die AfD fordert eine sofortige Umkehr in der Schuldenpolitik.** Wir haben bereits die Phase der steigenden Inflation verlassen und begeben uns in Richtung galoppierende Inflation. \*JK

# Hilbert muss für seine Taten geradestehen

Wir erinnern uns: 2015 kam es zu einem Wettrennen zwischen dem FDP-Mann Dirk Hilbert und der SPD-Frau Eva-Maria Stange. Im zweiten Wahlgang zogen damals Pegida und die AfD zugunsten von Hr. Hilbert zurück, um Frau Stange, und damit Rot-Rot-Grün, zu verhindern. Hilbert gewann und die Hoffnungen auf eine gute Zeit waren entsprechend groß.

Oberflächlich betrachtet war die meiste Zeit für viele Bürger in Ordnung. Aufgrund der massiven Geldausweitung durch die Zentralbanken und der Niedrigzinspolitik konnte eine Zeitlang eine Wohlstandsillusion geschaffen werden, die auch auf Dresden abfärbte.

Im Schatten dieser Wohlstandsmatrix konnte nun die grüne Agenda durchgezogen werden. Grundrechtseinschränkungen während Corona, ideologisch motivierte Maßnahmen wie „Sicherer Hafen“, „Nazinotstand“ oder die Zerstörung der Verkehrsinfrastruktur durch Umwandlung von Straßen zu Fahrradwegen - um hier nur einige Dinge zu benennen. Zudem übertünchte der Wohlstandstaumel sein eigenes Versagen. No-Go Areas, stark erhöhte Kriminalität und ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum durch die Massenmigration aus fremden Kulturen sowie fehlende wirtschaftliche Konzepte gerieten in den

Hintergrund und wurden weder politisch noch medial thematisiert. Mit dem politisch diktierten Lockdown kamen erste Risse in die schöne Wohlstandswelt vieler Dresdner. Die daraus folgenden wirtschaftlichen Verwerfungen, die Lieferkettenprobleme und nicht zuletzt der vom Westen provozierte Konflikt mit Russland erwiesen sich als Zündstoff (nicht als Ursache!) für die nun auf die Verbraucher übergreifende starke Inflation. Zudem müssen wir nun auch die Folgen der selbstzerstörerischen Energiepolitik erleben.

**„Wer einen Fehler gemacht hat und nicht korrigiert, begeht einen zweiten.“ (Konfuzius)**

Die Dresdner, mehrheitlich immerhin bürgerlich, hatten diesmal eine wirkliche Alternative zu einer freiheits- und wohlstandsvernichtenden Politik. Sie wurde nicht genutzt. Die Mehrzahl der Bürger hat zwar erkannt, dass es mit Rot-Rot-Grün generell nur steil bergab gehen kann, haben aber, um Rot-Rot-Grün zu verhindern, letztlich wieder nur die rot-grüne Lightversion gewählt.

Immerhin kann sich Dirk Hilbert durch seine Wiederwahl nun nicht einfach aus der Affäre ziehen, wie es seinerzeit Merkel und ihre CDU getan haben, nachdem sie unser Land ruiniert hatten.



# Dresdner Aktionsplan Integration – *keine Pflichten, nur Privilegien!*



Gegen die Stimmen der AfD-Fraktion hat der Dresdner Stadtrat im Juni den sogenannten „Aktionsplan Integration“ beschlossen.

Darin geht es um Rahmenbedingungen, die seitens der Verwaltung zu schaffen sind, damit Integration gelingt. Was fehlt, sind jedoch Zahlen und Ergebnisse, die den Erfolg der bereits bestehenden Maßnahmen aufzeigen. Denn ausschlaggebend ist nicht die Anzahl von Integrationskursen in der Stadt, sondern wie viele der Teilnehmer sich am Ende eines solchen Kurses tatsächlich erfolgreich integrieren. Der hinterhältige Mord an Thomas L., verübt von einem homophoben Islamisten, zeigte in grausamer Deutlichkeit, dass unsere Wertevorstellungen mit denen fremder Kulturen zumeist gar nicht oder nur sehr schwer vereinbar sind.

Der „Aktionsplan Integration“ ist ein fast 50-seitiger Katalog voller Angebote an Migranten. So sollen unter anderem die Kosten für die Übersetzung von Zeugnissen übernommen werden; auch bei Menschen mit unklarer Bleibeperspektive. Man fordert die mehrsprachige Beschilderung von Verwaltungsobjekten und zusätzliche Beratungsangebote, etwa zum Thema „Meine Rechte auf dem Wohnungsmarkt“.

**Was im Aktionsplan Integration hingegen komplett fehlt, ist die Vermittlung von Pflichten.** Verwaltungsmitarbeiter sollten Migranten vermitteln, wie zum Beispiel die Mülltrennung zu er-

folgen hat. Unzählige Dresdner Bürger haben sich in den letzten Jahren bei uns über die Zustände in den Wohngebieten beschwert. Da geht es unter anderem um Berge von Sperrmüll vor den Haustüren und starke Lärmbelästigungen. Auch das sind Zeichen mangelnder Integration, wie sie viele Dresdner Bürger tagtäglich erleben und ertragen müssen.  
\*StRaFra



## Assi-Eck bleibt Problem-Eck

Da der Stadtrat ein Alkoholverbot für die Kreuzung Louisenstraße-Rothenburger Straße-Görlitzer Straße in der Dresdner Neustadt abgelehnt hat, wird die Kreuzung wohl auch zukünftig weiter ihren Spitznamen tragen: Assi-Eck.

An den Wochenenden versammeln sich dort hunderte, zumeist junge Menschen, um zu feiern. Die Folgen: Lärm, Dreck und zerbrochene Flaschen, Wildpinkler, Sachbeschädigungen, Gewalt und Drogen. Anstatt wirksame Maßnahmen gegen die asozialen Zustände vor Ort zu ergreifen, lässt die grün-rote Stadtratsmehrheit die Dinge einfach weiterlaufen. Sehr zum Leidwesen der Anwohner.

Auch die Idee des Stadtrates, zukünftig einen „Nachtbürgermeister“ in Dresden zu installieren, wird die Probleme am Assi-Eck nicht lösen. **Für die AfD-Fraktion im Stadtrat bringt ein „Nachtbürgermeister“ keinen Mehrwert – weder für kulturelle und wirtschaftliche Belange noch für die Sicherheit.** Die Konsequenz für mehr Ordnung und Si-

cherheit muss auch weiterhin die Stärkung und personelle Aufstockung des Gemeindlichen Vollzugsdienstes mit seiner Besonderen Einsatzgruppe sein. Nur mit konsequenten Maßnahmen wird das Assi-Eck seinen Spitznamen los. Aber vielleicht wollen viele Dresdner auch einfach eine Schmutzdecke.  
\*StRaFra



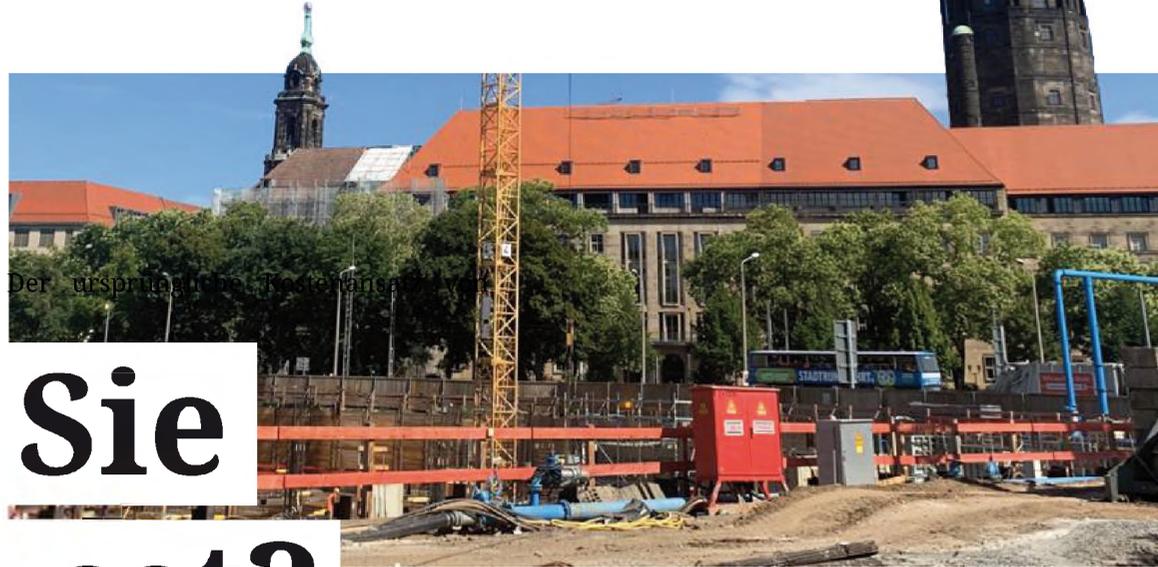
# Ein Fass ohne Boden: Das neue Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz

Die ohnehin exorbitanten Kosten für das neue Verwaltungszentrum, das im Stadtrat gegen den Widerstand der AfD mit den Stimmen von Grünen, CDU, SPD und FDP durchgepeitscht wurde, steigen in ungeahnte Höhen.

Nachdem trotz umfangreicher Planungen und Prüfungen innerhalb kürzester Zeit bereits Mehrkosten in Höhe von 1,83 Mio. Euro für Altlastenbeseitigung und Beräumung aufgelaufen sind, stellt sich nun heraus, dass die projektierte Großküche nicht in der Berechnung der Fixkosten enthalten war. Somit kommt eine Million weiterer Kosten auf die Bürger zu.

Obwohl die eigentlichen Bauarbeiten für die architektonische Scheußlichkeit noch gar nicht begonnen haben, steht fest, dass deren Fertigstellung alle Pläne sprengen wird. Angesichts der ständig steigenden Preise für Baumaterial, Treibstoffe und Energie sind erhebliche Mehrkosten vorprogrammiert.

ca. 140 Mio. Euro für das neue Verwaltungszentrum kann schon jetzt nicht mehr eingehalten werden. Ob es letztlich 200 Mio. Euro, 300 Mio. Euro oder gar eine halbe Milliarde Euro kosten wird, kann aktuell niemand seriös sagen. \*StRaFra



## Hätten Sie es gewusst?

### Blitzer

Ende 2021 waren in Dresden 25 Blitzer installiert. Die Anzahl ist seit dem Jahr 2000 (sieben) kontinuierlich gestiegen. Die meisten Blitzer stehen in den Stadtteilen Pieschen und Neustadt (je 5) sowie Altstadt (4). Nachdem die Einnahmen bis 2019 (knapp 3,7 Mio €) regelmäßig gestiegen waren, fielen sie in den beiden Folgejahren, vermutlich wegen geringerer Fahrtätigkeit aufgrund der politisch motivierten Lockdowns, auf zuletzt ca. 2,2 Mio € im Jahr 2021. Die meisten Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden auf der Pillnitzer Landstraße, Fahrtrichtung stadtauswärts, gegenüber Höhe Haus-Nr. 105, gemessen.



### Hundesteuer

Im Jahr 2021 waren in Dresden 14.943 Hundehalter registriert. Die Einnahmen aus der Hundesteuer betragen etwas über 1,67 Mio Euro. Zum 31.12.2021 betragen die Zahlungsrückstände aus nicht gezahlter Steuer über 574.000 Euro. Mit 813 waren im PLZ-Bereich 01159 die meisten Hundehalter registriert, knapp vor 01277 (799) und 01099 (790). Die größte Dichte von Hundehaltern haben die eher ländlichen Randgebiete der Landeshauptstadt. Das waren die PLZ-Bereiche 01328 (42,3 Hundehalter auf 1000 Einwohner), 01465 (42,1/1000) und 01156 (39,6/1000). Die geringste Dichte weist der PLZ-Bereich 01069 (16/1000) aus. Die meisten Zahlungsrückstände gab es im PLZ-Bereich 01169, die wenigsten in 01465.

### Späti

Aktuell werden 30 „Spätshops“ in insgesamt elf Postleitzahlengebieten der Landeshauptstadt betrieben. Die Zahl hat sich seit 2012 von damals neun mehr als verdreifacht. Die meisten Geschäfte existieren in den PLZ-Bereichen 01099 (12) und 01097 (4). Damit befindet sich in der Dresdner Neustadt jeder 2. Späti in Dresden.



# Kernenergie – Na klar!

Für eine günstige, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung

Gesellschaftlicher Fortschritt ist seit jeher an eine sichere Energieversorgung gebunden. Nur durch die Erschließung von Energiequellen war es Menschen möglich, ihre Ideen umzusetzen und Wohlstand zu schaffen. Fossile Rohstoffe bildeten die Grundlage der industriellen Revolution.

Derzeit mag der Eindruck bestehen, dass Fortschritt eher zu geringerem Energieverbrauch – etwa im Verkehr oder beim Beheizen von Häusern – führen würde. Doch in der westlichen Welt gibt es bereits viele neue Ideen, die unseren Energiehunger steigen lassen. Die abzusehende Verknappung und Verteuerung von fossilen Rohstoffen am Weltmarkt erfordert irgendwann einen höheren Einsatz von Strom in Bereichen wie z.B. Verkehr, Wärmeerzeugung und Industrie.

Die digitale Revolution, Industrie 4.0 und zunehmende Vernetzung müssen mit Strom gespeist werden. Die deutsche Regierung setzt für diese Herausforderungen im Rahmen der sogenannten „Energiewende“ bisher fast ausschließlich auf volatile Wind- und Solarenergie und schafft sicher verfügbare Kraftwerke ab. Dass diese Rechnung nicht aufgeht, wird nun zunehmend deutlich.

## *Mit der AfD für die Energieversorgung der Zukunft*

**Angesichts der vielen Vorteile der Kernenergie und der Nachteile von „Erneuerbaren Energien“ fordert die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag einen Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernenergie. Im Einzelnen fordern wir:**

- Den Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke, sofern sie noch wirtschaftlich sind und den Sicherheitsstandards entsprechen.
- Die Sicherung der deutschen Kompetenzen im Bau von Kernkraftwerken durch Weiterführung von Forschungszentren & Lehrstühlen an Hochschulen.
- Ausbildungsangebote für neue Ingenieure und Physiker und Kompetenzen in Unternehmen durch öffentliche Aufträge und Gelder.
- Die Abkehr von der Endlagerung langfristig radioaktiver Stoffe, welche noch verwertet werden könnten.
- Ein neues Forschungsprogramm für die Zukunft der Kernenergie, insbesondere für Entwicklung und Bau von Prototypen der Generation IV-Generatoren, für die Wiederaufbe-



reitung und Transmutation von Zerfallsprodukten und einen möglichst geschlossenen Brennstoffkreislauf, für alternative Brennstoffe auf Basis von Thorium.

- Den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Deutschland, damit radioaktives Material in Deutschland verbleibt und hier kontrolliert werden kann.
- Mittelfristig den Bau neuer und moderner Kernkraftwerke für die Stromversorgung.
- Langfristig die Erzeugung synthetischer Brennstoffe mittels Kernenergie, um auch den Verkehrs- und Wärmesektor sowie Industrieanlagen mit einer sauberen Energiequelle zu versorgen und die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu verringern. \*JZ

## **Wir erleben eine politisch gewollte Energiepreis- und Energieversorgungskrise.**

Mit den Stimmen der kompletten Altparteienriege (CDU/CSU/SPD/GRÜNE/FDP/LINKE) wurde der Antrag der AfD-Fraktion „Keine Abschaltung von Kernkraftwerken – Erst recht nicht in einer neuen Realität“ kurz vor der Sommerpause im Bundestag abgelehnt. **Nach den politisch gewollten Lockdown-Maßnahmen erleben wir nun die**

**politisch gewollte Energiepreis- und Energieversorgungskrise** - auch wenn Altparteien, politische Claqueure und die autoritätsliebenden regierungsnahen Hetz- und Scharfmachermedien die Schuld natürlich irgendeinem Virus, dem Weltklima oder dem Russen zuschieben wollen.





# Die Genossenschaft von Mondragon

Die Informationsreise des Ausschusses für Regionalentwicklung des Sächsischen Landtages führte uns vom 20.-24. Juni ins spanische Baskenland. Zentraler Ausgangspunkt unserer Reise war Bilbao, die Hauptstadt der baskischen Provinz Bizkaia. Ein Ziel unserer straff und mit vielen Terminen gespickten Reise war Mondragon, eine Kleinstadt in der baskischen Provinz Gipuzkoa.

## **Der genossenschaftliche Gedanke – auch in Deutschland nicht unbekannt**

Um seine Ideen eines demokratischen und sozialeren Wirtschaftslebens zu befördern, gründete der Priester J.M. Arizmendiarieta Madariaga (1915-1976) im Jahre 1943 in dem baskischen Städtchen Mondragon eine Berufsschule und mit den ersten Absolventen eine Kreditgenossenschaft, die es sich zur Aufgabe machte, durch die Vergabe von zinsgünstigen Krediten die Gründung von Genossenschaften in der Realwirtschaft zu unterstützen.

Trotzdem hat sich mit der „Corporacion Cooperativa Monragon“, kurz MCC, etwas Einzigartiges entwickelt. Heute umfasst der Unternehmensverbund 103 Genossenschaften, die jährlich 14 Milliarden € Umsatz erwirtschaften und 80.000 Arbeiter beschäftigen (von denen 80% Genossenschaftsmitglieder und damit die Eigentümer des Unternehmens sind).

## **Kreislaufwirtschaft, Stärkung lokaler Strukturen, demokratische Mitbestimmung und Solidarität**

In einer Generalversammlung bestim-

men sie die Entwicklung ihres Unternehmens und entscheiden über die Verteilung der Gewinne. Dabei ist Vorgabe, dass große Teile des Ertrages im Unternehmen verbleiben oder für soziale Aufgaben verwendet werden.

Dabei gilt, dass selbst das Top-Management nur das Achtfache der Mitarbeiter verdienen darf, die in der niedrigsten Lohngruppe eingestuft sind. Herr Etxeberria, der uns die Unternehmensphilosophie vorstellte, leugnete nicht, dass es dadurch manchmal schwerfalle,

Spitzenkräfte für ein derart großes Unternehmen zu finden. Unvergessen bleibt mir allerdings seine Ermahnung sich immer zu fragen, was im Leben denn wirklich wichtig ist. Für die Menschen der Genossenschaft von Mondragon ist es Kreislaufwirtschaft, Stärkung lokaler Strukturen, demokratische Mitbestimmung und Solidarität. Und dann ist man eben auch mal bereit auf einen Super-Manager zu verzichten. Zumindest hat es bisher nicht geschadet. Man stellt sich dem Wettbewerb, hat aber immer im Blick, dass es auch noch andere Dinge gibt die wichtig sind.

Um ihren eigenen Unternehmensnachwuchs auszubilden, betreibt der Verbund der Genossenschaften eine eigene Universität - sicher auch um die eigenen Wertvorstellungen zu verbreiten.

## **Beteiligung und Mitbestimmung als Motivation**

Durch die Einbeziehung der Mitarbeiter/Eigentümer ist der emotionale Bezug zum Unternehmen besonders hoch,

das könnte der Grund dafür sein, dass lt. Studien der Weltbank die MCC-Genossenschaften in Spanien die Unternehmen mit der höchsten Produktivität sind und die auch Krisen am besten bewältigt haben.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Philosophie der MCC ist ihr soziales Engagement. Jeder hat bei Eintritt in die Genossenschaft einen finanziellen Beitrag geleistet, hat auf die Auszahlung von Gewinnen verzichtet und hat damit ein Anrecht auf eine soziale Absicherung erworben.

Sollte es seiner eigenen Genossenschaft mal nicht so gut gehen und Arbeitsplätze wegfallen, organisiert der Verbund eine Umschulung oder andere geeignete Maßnahmen. Arbeitslosigkeit wird damit vermieden, allerdings ist der Zeitraum auf zwei Jahre begrenzt und setzt aktives Mitmachen voraus.

Die Genossenschaften von Mondragon haben damit ihr eigenes kleines Sozialsystem aufgebaut - die Arbeitslosigkeit hat in der Gegend nie mehr als ein Drittel der in Spanien üblichen betragen.

**Das System hat bis heute sehr gut funktioniert, weil es für diejenigen sorgte, die auch eingezahlt haben, weil es klare Rahmenbedingungen für die Hilfe setzt, weil eine traditionell geprägte Gesellschaftsstruktur Normen vorgibt und den Gemeinsinn wertschätzt.**

Gedanken für deren Verwirklichung wir als AfD auch in Deutschland kämpfen. \*HJZ

## Bundesparteitag in Riesa

**Für die Freiheit. Für Deutschland.**

Vom 17.-19. Juni 2022 fand der 13. Bundesparteitag der Alternative für Deutschland in der Sportstadt Riesa statt. 600 Delegierte wählten Alice Weidel und Tino Chrupalla an die Spitze unserer so notwendigen Partei. Beide arbeiten bereits als Fraktionsvorsitzende im Bundestag sehr gut zusammen und werden die AfD für die nächsten zwei Jahre führen. Neben den beiden Bundesprechern wurden noch weitere zwölf Kandidaten in den vierzehnköpfigen Bundesvorstand gewählt. Zudem wurde neben vielen Satzungsänderungen und weiteren Gremienwahlen eine Resolution zur Kernkraft verabschiedet,



welche vom Landesverband Sachsen eingebracht worden ist. In dieser Resolution spricht sich die AfD für die Winternutzung der Kernkraft und damit für unsere Energiesicherheit aus. Ein erfolgreicher Parteitag, der von sachlich-kontroversen — und in einer Demokratie notwendigen Diskussionen begleitet wurde.



## Landesparteitag in Löbau

Im ostsächsischen Löbau fand am 9. Juli der Landesparteitag der AfD Sachsen statt. Gewählt wurden ein neuer Landesvorstand und das Landesschiedsgericht.

Drei neue Gesichter und zehn „alte“ werden für die nächsten beiden Jahre dem Vorstand angehören: Jörg Urban, Jan Zwerg, Siegbert Dröse, Dr. Joachim Keiler, Martina Jost, Torsten Gahler, Doreen Schwietzer, Sebastian Wippel, Karsten Hilse, Andreas Harlaß, Andreas Gerold, Jürgen Stein und Roberto Kuhmert.

Dank der guten Organisation, der Arbeit der vielen freiwilligen Helfer und der Disziplin bei allen Delegierten konnten wir bereits am Sonnabend den Parteitag beenden.



**Jetzt Mitglied werden!**  
[afd-dd.de](http://afd-dd.de) | [fb.com/afddresden](https://fb.com/afddresden) | [t.me/afddresden](https://t.me/afddresden)